heute:
IKB aktuell

Handelsblatt.com
NEWS AM ABEND

IKB Deutsche Industriebank

Mittwoch, 9.9.09 I Nr. 172

eNews für Entscheider

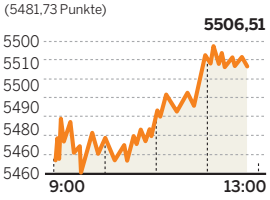
Redaktionsschluss
14:00 Uhr

Top-Klicks auf Handelsblatt.com/favoriten

1. **Commerzbank** gibt Milliarden-Garantien zurück
2. **ARD-Wahlarena:** Steinmeier, Schweiß, Schlämmer
3. **Korruption:** Mitarbeiter – Freund und Widersacher
4. **Unwetter:** Flutwelle bricht über Türkei herein
5. **Auto:** Deutsche Premiumbauer stürzen ab

DAX 30

Mittwoch, 9.9.2009
(5481,73 Punkte)



Handelsblatt | Quelle: Bloomberg

HEUTE

Zapatero kündigt Steuererhöhung an
Die spanische Regierung hat eine Anhebung der Steuern um 15 Mrd. Euro angekündigt. Die Erhöhung sei zum Ausgleich des Haushaltsdefizits erforderlich, das infolge der Wirtschaftskrise entstanden sei, sagte Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero heute im Madrider Parlament. Die Steueranhebung werde „moderat" ausfallen und im Höchstfall 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmachen.

Commerzbank gibt Staatsgarantie zurück
Die Commerzbank will wieder auf eigenen Beinen stehen. Commerzbank-Chef Martin Blessing kündigte an, Staatsgarantien über 5 Mrd. Euro zurückzugeben. Die Bank wolle keine staatlich besicherten Anleihen mehr begeben, sagte Blessing auf einer Handelsblatt-Tagung . **SEITE 7**



Heirats-Hype am Datum mit drei Neunen

Angesichts des Schnapszahldatums haben heute weltweit zahlreiche Paare geheiratet. So auch Petra und Rainer Buchmann (Foto), die sich am 09.09.09 nach ihrer standesamtlichen Trauung vor dem Alten Rathaus in Hannover küssten. Allein in der niedersächsischen Landeshauptstadt gaben sich heute 68 Paare das Ja-Wort. dpa

Schwarz-Gelb muss bangen

Vorsprung von Union und FDP schwindet – Bosbach fordert Lagerwahlkampf

HB I Berlin Unions-Fraktionsvize Wolfgang Bosbach (CDU) hat seine Partei aufgefordert, sich im Wahlkampf verschärft mit dem rotrotgrünen Lager auseinanderzusetzen. „Es hat keinen Sinn, sich nur am Vorsprung vor der SPD zu berauschen", sagte Bosbach dem Handelsblatt. „Es hat keinen Zweck zu sagen, wir dürfen keinen Lagerwahlkampf führen, wenn sich bei der Bundestagswahl nun mal zwei Lager gegenüberstehen." Jüngste Umfragen zeigen, dass der seit Monaten bestehende Vorsprung des bürgerlichen Lagers zweieinhalb Wochen vor der Bundestagswahl schrumpft.

Im neuen Stern-RTL-Wahltrend des Forsa-Instituts fiel Schwarz-Gelb erstmals seit Januar unter die 50-Prozent-Marke. CDU und CSU verloren einen Prozentpunkt und erreichten 35 Prozent. Die FDP blieb bei 14 Prozent. Die Linke legte um vier Punkte zu und erreichte ebenfalls 14 Punkte. Die SPD verlor einen Punkt auf 21 Prozent, die Grünen verloren zwei Punkte und fielen auf zehn Prozent. Zweieinhalb Wochen vor der Bundestagswahl verfügen Union und FDP damit noch über einen Vorsprung von vier Prozentpunkten vor den übrigen Parteien, zwei Prozentpunkte weniger als eine Woche zuvor.

Auch in einer Allensbach-Umfrage für die „FAZ" fällt das bürgerliche Lager unter die 50-Prozent-Marke. Die Union erreichte 35 Prozent, die FDP verlor einen Punkt und landete bei 13 Prozent. Allerdings läge Schwarz-Gelb mit insgesamt 49 Prozent Stimmanteil immer noch einen Prozentpunkt vor den anderen drei Parteien.

Preise halten sich an der Nulllinie

afp I Wiesbaden Die Verbraucherpreise in Deutschland sind im August stabil geblieben. Die jährliche Inflationsrate lag bei 0,0 Prozent, teilte das Statistische Bundesamt heute mit und bestätigte damit die Schätzungen. Noch im Juli war bei der jährlichen Rate sogar eine negative Inflation von minus 0,5 Prozent verzeichnet worden. Die Preise blieben den Angaben zufolge im August auf Jahressicht stabil, weil Energie und Lebensmittel deutlich billiger wurden. Im Vergleich zum Vorjahresmonat sank der Kraftstoffpreis im August um 10,7 Prozent, leichtes Heizöl wurde um 32,5 Prozent billiger. Die Preise für Lebensmittel gingen binnen Jahresfrist um insgesamt drei Prozent zurück, wie die Statistiker mitteilten.

10. Handelsblatt Jahrestagung
Neue Entwicklungen in der Bankenaufsicht.
2. und 3. November 2009, Hyatt Regency Mainz
Handelsblatt
Substanz entscheidet.
Weitere Informationen erhalten Sie unter:
http://vhb.handelsblatt.com/bankenaufsicht

Meldungen

Anklage gegen Tauss erhoben
Nach der Aufhebung seiner Immunität ist gegen den unter Kinderporno-Verdacht stehenden Bundestagsabgeordneten Jörg Tauss wie erwartet Anklage erhoben worden. Gegen den 56-Jährigen bestehe „der hinreichende Verdacht", zwischen 2007 und 2009 in mehr als 100 Fällen Dateien mit Kinderpornos gekauft, besessen oder weitergegeben zu haben, teilte die Karlsruher Staatsanwaltschaft mit.

Fast jeder Zweite geht krank zur Arbeit
In Deutschland geht fast jeder zweite Arbeitnehmer und Selbstständige auch mal krank zur Arbeit. In dem Gesundheitsmonitor der Bertelsmann Stiftung in Gütersloh gaben 42 Prozent der Befragten an, in den vergangenen zwölf Monaten zwei Mal oder öfter krank zur Arbeit gegangen zu sein. Zwei Drittel tun dies vor allem aus Pflichtgefühl und weil sonst Arbeit liegen bleibt.

Studenten trotz Krise optimistisch
Deutschlands Studenten haben einer Umfrage zufolge trotz Krise kaum Sorge vor Arbeitslosigkeit. 86 Prozent von ihnen gehen davon aus, dass sie nach ihrem Studium zügig eine ihre Erwartungen und Qualifikationen entsprechende Stelle finden werden, wie aus einer Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young hervorgeht. Ihre Gehaltsvorstellungen stiegen sogar: Das durchschnittliche Wunschgehalt erhöhte sich von 37 000 auf 38 000 Euro pro Jahr.

Özdemir erwägt Eltern-Auszeit
An der Grünen-Spitze entsteht möglicherweise erneut eine Personal-Lücke wegen Kinderbetreuung: Parteichef Cem Özdemir (43) erwägt, für sein im November erwartetes zweites Kind in Elternzeit zu gehen. „Das Kind soll nicht ohne Vater aufwachsen", sagte er.



Volles Containerschiff im Hamburger Hafen: Vom Export sollen 2010 neue Impulse kommen. ap

Konjunktur zieht an

Bankenverband und IfW setzen Wachstumsprognosen hoch

HB I Berlin Die Wirtschaft in Deutschland kommt nach Einschätzung des Kieler IfW spürbar in Schwung. So belebe sich die Nachfrage aus dem Ausland, teilte das Institut für Weltwirtschaft (IfW) heute mit. Zudem expandiere auch die Inlandsnachfrage. Die Experten hoben deswegen ihre Prognose für das laufende Jahr und erwarten nur noch einen Einbruch von 4,9 Prozent. Für 2010 ist sogar wieder ein Wachstum von einem Prozent in Sicht. Allerdings bleibe das Wachstum so schwach, dass die Kapazitätsauslastung erneut leicht abnehme, schrieben die Experten.

Sie sind damit etwas pessimistischer als der Bankenverband, der im kommenden Jahr ein Wachstum von 1,5 Prozent für möglich hält. Das Tempo werde sich aber nicht halten lassen. Es werde drei bis vier Jahre dauern, bis die Produktion wieder das Niveau vor der Krise erreiche.

Impulse erwarten die IfW-Experten im kommenden Jahr vom Anziehen des Welthandels. Der Zuwachs bleibe aber deutlich hinter den zweistelligen Wachstumsraten der vergangenen Jahre zurück. „Der wesentliche Grund ist, dass die Weltwirtschaft sehr viel langsamer expandiert als damals."

Die Zahl der Arbeitslosen werde im Jahresschnitt 2010 auf lediglich knapp 3,9 Mio. steigen, für das Jahresende 2010 sagt das Institut etwa 4,2 Mio. Menschen ohne Arbeitsplatz voraus. Der private Konsum werde daher auch im kommenden Jahr wachsen. Andererseits komme das milliardenschwere Konjunkturpaket der Bundesregierung nach und nach bei der Bauwirtschaft an.

Die deutsche Industrie kommt nicht in Fahrt. Im Juli sank der Umsatz im verarbeitenden Gewerbe im Vergleich zum Vormonat um 0,9 Prozent, meldet das Statistische Bundesamt. Im Juni hatten die Betriebe im Monatsvergleich revidiert noch 1,1 Prozent mehr in den Kassen. Gegenüber Juli 2008 gingen die Umsätze preis- und arbeitstäglich bereinigt um 16,5 Prozent zurück nach einem Minus von 17,1 Prozent im Juni.

Abbau der kalten Progression wäre sehr teuer

rtr I Frankfurt Der von Union und FDP versprochene Abbau der sogenannten kalten Progression bei der Einkommensteuer wird nach Berechnungen von Experten teuer. „Wer die kalte Progression vollständig abbauen will, muss sich auf Steuerausfälle von 25 Mrd. Euro jährlich einstellen", sagte der Steuerexperte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Viktor Steiner, heute in Berlin. Für derartige Wahlversprechen gebe es „keinen finanzpolitischen Spielraum". Unter kalter Progression versteht man quasi automatische Steuererhöhungen bei zunehmenden Einkommen. Durch diesen Effekt werden häufig Gehaltserhöhungen, die lediglich dem Ausgleich der Teuerungsraten dienen, aufgefressen. In vielen Fällen übertrifft die zusätzliche Steuerlast dann sogar den Einkommenszuwachs. Die kalte Progression trifft untere und mittlere Einkommen in der Regel besonders hart. Wegen der stärkeren Auswölbung der Kurve bei den Steuertarifen in diesem Bereich wird sie auch als „Mittelstandsbauch" bezeichnet. Das DIW sieht nach der Bundestagswahl insgesamt keinerlei Spielraum für Steuersenkungen.

Eltern nehmen Lehrer als Geiseln

HB I Toulouse Die französischen Arbeiter haben es vorgemacht: Von der Kündigung bedrohte Belegschaften haben Manager als Geisel genommen und damit höhere Abfindungen erpresst. Zuletzt drohten französische Arbeiter damit, einen Zufluss der Seine zu vergiften.

Und nun macht das Beispiel im wahrsten Sinne des Wortes Schule: Aus Protest gegen den Abbau von Lehrerstellen und die Zusammenlegung von Klassen haben französische Eltern in zwei Schulen mehrere Lehrerinnen „gekidnappt". In Pompertuzat in der Nähe der südfranzösischen Stadt Toulouse hielten Eltern ab Dienstagabend fünf Lehrerinnen ei-

Das Beispiel der Arbeiter macht Schule

ner Vorschule fest, wie der Elternsprecherverband FCPE mitteilte. Unter ihnen sei die Leiterin der Einrichtung. In der Vorschule sollten zwei Klassen zusammengelegt werden, weil es dieses Jahr weniger Kinder als bisher gibt.

In einer Grundschule in Laroque d'Olmes in der Nähe der spanischen Grenze hielten die Eltern gleichfalls seit Dienstagabend drei Lehrerinnen fest, wie Reporter der Nachrichtenagentur AFP berichteten. Auch dort „kidnappten" sie die Leiterin der Grundschule, weil das Bildungsministerium eine Klasse streichen will.

Impressum
Handelsblatt News am Abend

Verlag: Handelsblatt GmbH
Geschäftsführung:
Joachim Liebler
Dr. Tobias Schulz-Isenbeck

Redaktion:
Bernd Ziesemer (verantw.)
Peter Pfister (Redaktionsltg.)
Sabine Haupt, Anja Kühner,
Elga Lehari-Reichling,
Karen Wientgen

Corporate Editions:
Content Sales
Tel.: 0211-887-1550
E-Mail: content@vhb.de

Anschrift:
Kasernenstr. 67
40213 Düsseldorf
Tel. +49 (0) 211-887-1550
E-Mail: content@vhb.de
Internet: www.newsamabend.com

Meldungen

Gaza-Krieg forderte viele zivile Opfer
Fast 60 Prozent der während der israelischen Gaza-Offensive getöteten Palästinenser waren nach Angaben einer israelischen Menschenrechtsorganisation Zivilisten. Die israelische Organisation Betselem veröffentlichte heute einen Bericht, demzufolge 1382 Palästinenser zur Jahreswende bei dem dreiwöchigen Einsatz ums Leben kamen. Davon seien 325 Kämpfer und 245 Mitglieder der Hamas-Polizeimiliz gewesen. Die meisten von ihnen seien bei Luftangriffen auf Polizeistationen der im Gazastreifen herrschenden Hamas-Organisation getötet worden. Unter den Getöteten seien zudem 109 Frauen und 320 Kinder und Jugendliche, teilte Betselem mit.

Mehrheit für Barroso sehr unsicher
EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso hat derzeit nach Einschätzung des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek, keine guten Aussichten auf eine Bestätigung im Parlament. Er habe mit den Vorsitzenden aller Fraktionen gesprochen.

Aquino-Sohn will Präsident werden
Der Sohn der gerade verstorbenen früheren philippinischen Präsidentin Corazon Aquino will im nächsten Jahr selbst Präsident werden. Benigno „Noynoy" Aquino III (49) kündigte seine Kandidatur heute in Manila an.

Netanjahu reist heimlich nach Moskau
Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu ist nach Presseinformationen am Montag zu einem geheimen Besuch nach Russland gereist. Wie die Zeitung „Jediot Ahronot" ohne Nennung von Quellen berichtete, sprach Netanjahu in Moskau über russische Pläne zum Verkauf hochmoderner Waffen an Iran oder Syrien.

Merkels Maulkorb lässt Paris kalt

Frankreich fordert Untersuchung des Luftangriffs – London „besorgt"

HB I London/Paris Nach dem von der Bundeswehr angeordneten Luftangriff in Afghanistan mit Dutzenden Toten pochen Großbritannien und Frankreich auf Aufklärung. Der britische Außenminister David Miliband zeigte sich über den Angriff auf zwei von den Taliban gekaperte Tanklastwagen besorgt. Sein französischer Amtskollege Bernard Kouchner forderte bei einem gemeinsamen Treffen in Paris am Dienstagabend eine Untersuchung, wie die britische Nachrichtenagentur PA berichtete.

Miliband sagte, der Angriff habe „der Zivilbevölkerung großen Schaden" zugefügt. Es müsse alles dafür getan werden, um im Kampf gegen die radikalislamischen Taliban die Zahl der zivilen Opfer auf ein Minimum zu reduzieren. Nun erwarte er den vollständigen Bericht zu den Umständen des Angriffs. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte sich gestern im Bundestag mit ungewöhnlich deutlichen Worten gegen voreilige Kritik aus dem Ausland verwehrt. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums kamen bei dem Angriff am vergangenen Freitag 56 Menschen ums Leben. Andere, unbestätigte Quellen berichteten von weit mehr als 100 Toten.

Ein US-Spezialkommando hat einen Ende vergangener Woche in der nordafghanischen Provinz Kundus von den Taliban entführten Reporter der „New York Times" befreit. Die „New York Times" berichtet heute, der afghanische Dolmetscher des Journalisten Stephen Farrell, Sultan Munadi, sei bei der Kommandoaktion ums Leben gekommen. Die beiden wollten Recherchen über den Luftangriff anstellen, als die Taliban sie in ihre Gewalt brachten.



Bombardierte Tanklastzüge in der Nähe von Kundus: Die Opferzahlen schwanken zwischen 56 und mehr als 130. dpa

Oppositionskandidat Abdullah Abdullah hat die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl zurückgewiesen. Die Zahlen der Wahlkommission, denen zufolge Amtsinhaber Hamid Karsai auf mehr als 50 Prozent der Stimmen kommt, seien ein „tragischer Witz", sagte Abdullah. Die Ergebnisse könnten angesichts massiver Unregelmäßigkeiten nicht richtig sein. Auch der Leiter der EU-Wahlbeobachtermission bezeichnete die jüngsten Ergebnisse als problematisch.

Obama speckt seine Gesundheitsreform ab

dpa I Washington Im Streit um die geplante Gesundheitsreform hat US-Präsident Barack Obama kurz vor seiner Rede im Parlament Kompromissbereitschaft signalisiert. Seine Regierung sei „offen für neue Ideen", sagte Obama in einem Interview. „Wir wollen in diesem Jahr etwas hinbekommen." Seine Rede am Mittwochabend (Ortszeit) vor den beiden Häusern des Kongresses werde zeigen, „worin ich den besten Weg sehe, um vorwärts zu kommen". In seiner Rede werde er Demokraten und Republikanern deutlich machen, dass „wir in dieser Sache nicht starr und ideologisch sind". Die Erneuerung des Gesundheitssystems ist das wichtigste innenpolitische Reformvorhaben Obamas. Die Reform stößt seit Monaten auf massiven Widerstand der Republikaner, aber auch unter den Demokraten herrscht Skepsis, ob sich das milliardenschwere Vorhaben überhaupt finanzieren lässt. Obama will die Gesundheitsreform bis zum Jahresende durch das Parlament bringen. „Jede Debatte ist gut. Aber jede Debatte muss zu einem Ende kommen", sagte er.

Sauerland-Gruppe rekrutierte Nachwuchs

dpa I Düsseldorf Die islamistische Sauerland-Gruppe hat in Deutschland eine Reihe junger Männer als Terroristen-Nachwuchs rekrutiert. Der Angeklagte Adem Yilmaz gestand heute vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht, in mehreren Fällen den Kontakt zur Terrorgruppe Islamische Dschihad-Union (IJU) in Pakistan hergestellt und die Männer dort empfohlen zu haben. Laut Anklage hat Yilmaz sechs junge Männer angeworben, die 2007 aus Deutschland ausreisten. Einer der von Yilmaz rekrutierten Männer starb am 3. März 2008 bei einem Selbstmord-Anschlag auf ein ISAF-Lager in Afghanistan.

EU bietet für Klima Milliarden auf

dpa I Brüssel Im Kampf gegen den Klimawandel könnte die EU nach einem Vorschlag der EU-Kommission bis zu 15 Mrd. Euro jährlich an Entwicklungsländer zahlen. Das geht aus einem Entwurf für das neue Weltklimaabkommen hervor, den die EU-Kommission morgen vorlegen will und der der Deutschen Presse-Agentur dpa vorliegt. Der Vorschlag macht erstmals konkrete Zahlen für einen europäischen Beitrag öffentlich. Insgesamt schätzt die Behörde, dass der Finanzbedarf für entsprechende Projekte in der Dritten Welt bis 2020 auf 100 Mrd. Euro jährlich steigen wird. Davon könnten bis zu 38 Mrd. Euro von der Industrie kommen.

China macht Stimmung gegen Kritiker

dpa I Frankfurt Chinas Zensurbehörde will die Teilnahme kritischer Intellektueller an einem Symposium im Vorfeld der Frankfurter Buchmesse an diesem Wochenende verhindern. Das berichteten die prominente Autorin Dai Qing und der Philosophieprofessor Xu Youyu der Deutschen Presse-Agentur dpa in Peking. Während sie von den deutschen Organisatoren um eine Teilnahme gebeten worden seien, habe ihnen das Pekinger Verwaltungsamt für Presse und Publikationen (GAPP) die formellen Einladungen aus Deutschland vorenthalten.Nach einem Bericht der „Berliner Zeitung“ droht die chinesische Seite sogar mit einem Boykott der Konferenz, sollte die unliebsame Autorin teilnehmen.

Gorleben-Gutachten im Zwielicht

Regierung Kohl soll Wissenschaftler unter Druck gesetzt haben

afp I München Die Kohl-Regierung hat einem Zeitungsbericht zufolge im Jahr 1983 massiven Einfluss auf die Wissenschaftler ausgeübt, die eine Eignung des Standorts Gorleben für ein atomares Endlager prüfen sollten. Wie die „Süddeutsche Zeitung“ unter Berufung auf Fernschreiben des Forschungsministeriums vom 13.Mai 1983 berichtet, drängten die Ministerien für Forschung und für Inneres die zuständige Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB), ein maßgebliches Gutachten in wichtigen Passagen umzuschreiben.

Demnach war die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB), Vorläuferin des heutigen Bundesamtes für Strahlenschutz, damals für einen Bericht verantwortlich, der die bisherigen Ergebnisse zu Gorleben zusammentragen und letztlich klären sollte, ob der Salzstock auch unter Tage erkundet werden soll. Als die Ministerien für Forschung und für Inneres, damals unter den Ministern Heinz Riesenhuber (CDU) und Friedrich Zimmermann (CSU), an die PTB schrieben, war der wegweisende Bericht laut „SZ“ bereits in der Schlussphase.



Erkundungsbergwerk in Gorleben: Die Regierung Kohl soll 1983 massiv Einfluss auf das Gutachten genommen haben. dpa

In dem Fernschreiben forderte das Forschungsministerium „in Abstimmung“ mit dem Innenministerium die Wissenschaftler dem Zeitungsbericht zufolge auf, das Gutachten mit einem Kapitel „wesentliche Ergebnisse der Standorterkundung“ zu beginnen. In dem Schreiben heißt weiter: „Dieser Abschnitt sollte sinngemäß mit der Feststellung schließen“, dass die Eignung „des Salzstockes Gorleben für die Errichtung eines Endlagers substantiell untermauert“ werde. Das Dokument beweise, dass der PTB-Bericht geschönt worden sei und die Wertung in Bonn bereits festgestanden habe, erklärte dazu der Sprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, Wolfgang Ehmke.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat eine offene Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle unter Ausschluss von Gorleben zur Bedingung der SPD für eine mögliche Neuauflage der Großen Koalition erklärt. „Gorleben ist politisch tot“, sagte der Minister mit Blick auf die 2015 auslaufenden Erkundungsverträge mit den Grundeigentümern.



EINLADUNG

Branchenforum auf der IAA 2009

Freitag, 18. September 2009, 9.00 Uhr,
Congress Center Messe Frankfurt, Ebene C3, Raum Fantasie

Automobilindustrie 2020: Wachstumsmärkte, Wachstumstechnologien und Ressourceneffizienz

Freuen Sie sich auf eine interessante Veranstaltung mit folgenden Mitwirkenden:

- **Matthias Wissmann**
  Präsident des Verbands der Automobilindustrie
- **Dr. Kurt Demmer**
  Chefvolkswirt der IKB Deutsche Industriebank AG
- **Arndt G. Kirchhoff**
  Geschäftsführender Gesellschafter der KIRCHHOFF Automotive Deutschland GmbH
- **Franz-Josef Kortüm**
  Vorsitzender des Vorstands der Webasto AG
- **Bernhard Mattes**
  Vorsitzender der Geschäftsführung der Ford-Werke GmbH und Vice President Ford Customer Service Division (Ford of Europe)
- **Dr. Dieter Seipler**
  Vorsitzender der Geschäftsführung der Mann + Hummel GmbH
- **Hans Jörg Schüttler**
  Vorsitzender des Vorstands der IKB Deutsche Industriebank AG

Veranstalter
IKB Deutsche Industriebank AG
VDA Verband der Automobilindustrie e. V.

Information/Anmeldung
per Fax: 0211 8221-3940
oder im Internet:
www.ikb.de/branchen&märkte/veranstaltungen

IKB Deutsche Industriebank

VDA Verband der Automobilindustrie

Meldungen

Mehr Unternehmen melden Insolvenz an
Die Wirtschaftskrise hat die Zahl der Firmenpleiten in Deutschland in der ersten Jahreshälfte deutlich steigen lassen. Insgesamt seien zwischen Januar und Juni rund 16 100 Unternehmensinsolvenzen gemeldet worden und damit 14,8 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum, teilte das Statistische Bundesamt heute mit. Die Entwicklung spiegele den bundesweiten Trend wider.

China baut größtes Solarkraftwerk
Der US-Konzern First Solar will in China das größte Solarkraftwerk der Welt bauen. Eine entsprechende Absichtserklärung sei mit der Regierung in Peking unterzeichnet worden, teilte der Q-Cells-Konkurrent mit. Geplant sei eine Anlage mit einer Kapazität von zwei Gigawatt in Ordos-Stadt in der Inneren Mongolei. Dies werde ausreichen, um etwa drei Millionen chinesische Haushalte zu versorgen.

Boeing sieht Luftfracht wachsen
Der weltweite Frachtverkehr in der Luft wird nach Einschätzung des US-Flugzeugbauers Boeing 2010 wieder wachsen. Dabei werde der Bereich von einem Aufschwung der Weltwirtschaft profitieren, der voraussichtlich von den USA und China angeführt werde, sagte Jim Edgar, Regional-Direktor für Cargo Marketing, auf einer Fachmesse in Hongkong heute. 2009 werde der Luftgüterverkehr dagegen erstmals das zweite Jahr in Folge schrumpfen.

Evotec kooperiert mit US-Biotechriesen
Das Hamburger Biotechunternehmen Evotec arbeitet künftig in der Wirkstoffforschung mit dem US-Biotechriesen Biogen zusammen. Evotec soll mit seinen Technologien bei der Vorauswahl potenzieller Substanzen für die Medikamentenentwicklung helfen, teilte Evotec heute mit.

„Zuhausekraftwerke“ bringen Energiewende

Ökostromanbieter und Volkswagen stellen neues Konzept vor


Ein VW-Arbeiter fertigt das Zuhausekraftwerk „EcoBlue“. ap

afp I Salzgitter Der Ökostromanbieter Lichtblick und Volkswagen wollen mit bis zu 100 000 Mini-Kraftwerken für den heimischen Keller die Energiewende voranbringen. Hocheffiziente Blockheizkraftwerke auf der Basis von VW-Erdgasmotoren sollen dabei in deutsche Keller eingebaut werden, wie Lichtblick heute anlässlich der offiziellen Vorstellung des Projekts mitteilte. Die Generatoren sollen demnach so viel Strom ins Netz einspeisen, dass damit bis zu zwei Atomkraftwerke überflüssig werden.

Lichtblick will die sogenannten Zuhausekraftwerke ab 2010 auf den Markt bringen. Verbraucher kaufen die Anlagen nicht, sondern entrichten einen einmaligen Installationszuschuss von 5000 Euro. Ein üblicher Heizkessel kostet meist ein Vielfaches. Der Kunde bezahlt dann neben dem Grundpreis von 20 Euro ausschließlich die von ihm verbrauchte Wärme auf Grundlage des vom Statistischen Bundesamts ermittelten Gaspreisindexes. Zudem erhält er monatlich fünf Euro Kellermiete und 0,5 Cent Bonus für jede ins Netz eingespeiste Kilowattstunde Strom.

Lichtblick profitiert, weil die Abwärme bei der Stromproduktion von der Anlage gespeichert und dem Hausbesitzer zur Verfügung gestellt wird. In einem herkömmlichen Kraftwerk geht die Abwärme verloren.

Lichtblick will die Kellerkraftwerke zu einem Großkraftwerk vernetzen und immer dann schnell Strom produzieren, wenn der Bedarf groß ist und etwa Windräder stillstehen. „Man muss sich die Zuhausekraftwerke wie einen Fischschwarm vorstellen: Viele kleine Einheiten bilden eine große, leistungsfähige Gemeinschaft, die Schwarmstrom erzeugt“, erklärte der Lichtblick-Chef Christian Friege.

VW bringt sein „Expertenwissen im Bau von Pkw-Serienmotoren sowie die Fähigkeit zur Produktion großer Stückzahlen in diese Kooperation ein“, erklärte VW-Vorstandsmitglied Werner Neubauer.

IBM wirft Microsofts Office raus

pos I Düsseldorf Rückschlag für Microsoft. IBM hat seine 360 000 Mitarbeiter weltweit aufgefordert, endgültig von Microsoft Office auf die hauseigene Software „Lotus Symphony“ umzusteigen. Das Microsoft-Programm wird nur noch nach besonderer Genehmigung installiert. Bis Jahresende, so Handelsblatt-Informationen, sollen alle IBM-Dokumente und Präsentationen im lizenzfreien „.odf“ statt „doc“ oder „ppt“ erstellt werden. Ein IBM-Sprecher bestätigte auf Anfrage, dass bis heute rund 330 000 Mitarbeiter Symphony installiert hätten. Ansonsten gebe man zu „Vertragsbeziehungen mit Lieferanten grundsätzlich keine Auskünfte“.

Die Sparte Business-Anwendungen – Office ist der größte Teil davon – war im Geschäftsjahr 2008 mit 18,9 Mrd. Dollar Umsatz die größte Sparte noch vor MS Windows. Office soll 2010 in einer neuen Version erscheinen.

MORGEN MEHR
Ausführlicher Hintergrund zu der IBM-Initiative lesen Sie **im Handelsblatt**

Jürgen Kluge wird neuer Haniel-Chef

HB I Düsseldorf Seit Wochen wurde über die Nachfolge von Eckhard Cordes als Chef von Haniel spekuliert, nun ist die Katze aus dem Sack: Jürgen Kluge wird ab 1. Januar 2010 neuer Vorstandschef des Familienkonzerns.

Der Personalausschuss des Aufsichtsrates von Haniel beschloss heute, dem Aufsichtsgremium Jürgen Kluge für diese Aufgabe vorzuschlagen. Der 56-Jährige soll am 1. Januar 2010 die Nachfolge von Eckhard Cordes antreten, der sich dann auf den Chefposten bei der Haniel-Tochter Metro konzentrieren wird. Die formelle Berufung Kluges soll auf der Aufsichtsratssitzung am Freitag erfolgen.

Jürgen Kluge war jahrelang Chef der Unternehmensberatung McKinsey in Deutschland und Österreich. Er trat vor rund drei Jahren zurück und ist nun Honorarprofessor an der TU Darmstadt. Kluge gilt als Kenner der Unternehmenslandschaft und ist ausgezeichnet vernetzt.

Commerzbank steigt bei Gea aus

dpa I Frankfurt/Bochum Der Maschinenbau-Konzern Gea hat mit der Commerzbank seinen zweitgrößten Aktionär verloren. Die Commerzbank habe ihre Anteile in vollem Umfang verkauft, teilte das Kreditinstitut heute mit. Das brachte 115,9 Mio. Euro in die Kasse.

Abnehmer waren institutionelle Investoren rund um den Globus. Diese zahlten 12,60 Euro je Anteilsschein und damit kaum weniger als den gestrigen Schlusskurs.

Die Commerzbank war mit der Übernahme der Dresdner Bank in den Besitz von 7,83 Prozent an Gea gelangt. Einen Teil der Aktien hatte sie bereits verkauft und hielt zum Schluss noch rund fünf Prozent. Größter Gea-Aktionär ist Kuwait mit 8,2 Prozent.

Gea ist bisher glimpflich durch die Wirtschaftskrise gesteuert. Den Bochumern kommt zugute, dass viele ihrer Maschinen an die vergleichsweise stabile Lebensmittelindustrie gehen. Trotzdem sollen 1300 der rund 21 000 festen Mitarbeiter gehen.

Meldungen

Mahle rechnet für 2009 mit Verlust
Der Automobilzulieferer Mahle erwartet für das Gesamtjahr 2009 rote Zahlen und hat seinen Sparkurs weiter verschärft. Der Verlust des ersten Halbjahrs könne auch in den nächsten Monaten nicht mehr kompensiert werden, sagte Mahle-Chef Heinz Junker heute in Stuttgart. Der Umsatz brach in den ersten sechs Monaten 2009 um fast ein Drittel auf 1,8 Mrd. Euro ein. Für das Gesamtjahr rechnet der Kolbenspezialist mit einem Erlösminus um ein Viertel.

Heimische Batterien für Elektroautos
Die Batterien für Elektroautos sollten nach Meinung des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) auch in Deutschland gefertigt werden. „Wir müssen Lithium-Ionen-Batterien nicht nur erforschen, sondern vor allem kostengünstig und in großen Stückzahlen produzieren können“, sagte VDMA-Präsident Manfred Wittenstein heute bei der Eröffnung des 2. E-Motive Expertenforums für Elektrische Fahrzeugantriebe in Hannover.

Chinas Automarkt übertrifft USA

Staat kurbelt den Fahrzeugmarkt in der Volksrepublik kräftig an

dpa/HB I Peking Trotz Wirtschaftskrise wird China in diesem Jahr die USA als größter Automarkt der Welt überholen. „Der chinesische Pkw-Markt erlebt einen Boom mit teilweise über 30 Prozent Wachstum, was es selbst in den besten Jahren nicht gegeben hat“, sagte Winfried Vahland, China-Chef von Volkswagen. Im August schossen die Absatzzahlen im Vergleich zum Vorjahresmonat laut Industrieverband 81,7 Prozent auf 1,14 Millionen Fahrzeuge in die Höhe. Damit überstiegen die Verkaufszahlen im sechsten Monat in Folge die Millionenmarke.

Alle drei lokal produzierten Marken des chinesischen Marktführers – Volkswagen, Audi und Skoda – erzielten Absatzrekorde. „Wir sind derzeit ausverkauft und arbeiten daran, unsere Produktionskapazitäten zu erweitern“, sagte Vahland, der in diesem Jahr mit einem „gut zweistelligen“ Wachstum für VW rechnet.



Gute Geschäfte machen derzeit Chinas Autohändler – und es ist kein Ende des Booms in Sicht. afp

An Stelle einer Abwrackprämie hat in China besonders eine Halbierung der Verkaufssteuer auf fünf Prozent für Autos mit weniger als 1,6 Liter Hubraum den Absatz gefördert. Der Verkauf von Kleinwagen stieg

Bei Daimler liegt China an fünfter Stelle

in der ersten Jahreshälfte um 45 Prozent. Besonders im rückständigen Westen des Landes, wo noch viel Nachholbedarf ist, war die Nachfrage groß. Die Regierung geht davon aus, dass bis Jahresende zwölf Mio. Fahrzeuge verkauft werden, ein Anstieg um 28 Prozent. In den USA dürften es nur zehn Mio. sein.

Obwohl große Limousinen nicht gefördert werden, läuft das Geschäft auch für Mercedes bestens. Die Stuttgarter verkauften in den ersten sieben Monaten 49 Prozent mehr und wollen auch ihre Kapazität ausbauen. „China wird ein immer wichtigerer Pfeiler für Daimler“, sagte Ulrich Walker, Daimler-Chef für Nordostasien. Die globale Strategie werde stärker auf China ausgerichtet – dem heute schon fünftgrößten Markt für Mercedes. Noch 2007 rangierte China auf Platz 14.

Eine neue Studie sagte einen Absatz von 16 Mio. Fahrzeugen für 2012 voraus. Doch die chinesische Regierung warnt bereits vor Überkapazitäten.

HEUTE MEHR
Nachrichten rund um die Automobil-Branche
www.handelsblatt.com/autobranche

Chinesen greifen nach Saab

dpa I Stockholm Der zum Verkauf stehende Autohersteller Saab geht teilweise in chinesische Hände über. Wie der maßgeblich beteiligte Sportwagenhersteller Koenigsegg heute in Stockholm mitteilte, schießt auch der Konzern BAIC (Beijing Automotive Industry Holding Cooperation) Kapital für die Übernahme von General Motors (GM) bei.

Der Koenigsegg-Chef Christian von Koenigsegg sagte zum Einstieg von BAIC: „Das ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem neuen Saab.“ Man benötige nun kein Geld vom schwedischen Staat für die Finanzierung der Übernahme. BAIC soll Minderheitseigner bei Koenigsegg



Geely zeigt auf der Auto-Schau in Peking sein Modell Panda. ap

werden, das seinerseits 100 Prozent der Anteile von Saab übernimmt. Die Gesamtkosten der Übernahme werden auf elf Mrd. Kronen (1,1 Mrd Euro) beziffert. Auch der bisherige Saab-Mutterkonzern GM beteiligt sich an den Kosten für die Übernahme.

Saab, mit weniger als 100 000 produzierten Autos pro Jahr einer der kleinsten Autohersteller in Europa, hat seit dem Einstieg von GM Anfang der 90er Jahre fast ausnahmslos Verluste eingefahren.

Gestern hatte in Hongkong der chinesische Autohersteller Geely bestätigt, dass er an einer Übernahme von Schwedens zweiter Traditionsmarke Volvo interessiert ist. Volvo soll vom US-Konzern Ford verkauft werden. Geely-Konzernchef Gui Shengyue bestätigte, dass sein Unternehmen Volvo am liebsten komplett und im Alleingang Ford abkaufen würde.

Opel-Verbleib kostet GM 6,1 Milliarden

rtr I Detroit Ein Verbleib von Opel im Konzern würde den US-Autobauer General Motors (GM) teuer zu stehen kommen. GM würde hierzu mit bis zu 6,1 Mrd. Dollar in bar deutlich mehr Mittel benötigen als bisher angenommen, wie aus einem Bericht der Wirtschaftsprüfer von KPMG hervorgeht. Die Mittel würden zusätzlich zu den 50 Mrd. Dollar gebraucht, die GM bereits von der US-Regierung erhalten habe, hieß es in dem Bericht weiter. Die bisher von GM kalkulierten Zusatzkosten von 4,65 Mrd. Dollar seien „übertrieben optimistisch“ gewesen.

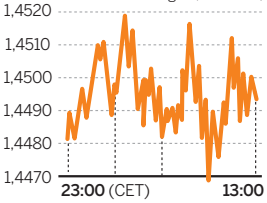
Der KPMG-Bericht soll dem GM-Verwaltungsrat vorgelegt werden, der bei seinem Treffen gestern und heute über die Zukunft von Opel entscheiden könnte.

Zuletzt mehrten sich die Stimmen bei GM für einen Verbleib von Opel im US-Konzern. Deutschland, das für einen Verkauf von Opel an den Autozulieferer Magna eintritt, machte klar, dass es einen Verbleib bei GM nicht unterstützen wird. „Die Bundesregierung hat klargestellt, dass Staatshilfen an eine Investorenlösung gebunden sind“, sagte ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums.

Märkte heute

Eurokurs

Mittwoch, 9.9.2009
US$ je Euro **1,4494**
Vortag: 1,4479 US$



Tops + Flops

Veränderung zum Vortagesschluss

HDax	9.9.2009
Commerzbank	+7,77 %
Medigene	+6,29 %
BMW	+5,86 %
Bilfinger Berger	-4,51 %
Wincor Nixdorf	-2,63 %
Vosloh	-2,28 %

Indizes + Kennzahlen

	9.9.2009 (13:30)	
FTSE 100	**4967,79**	4947,34
Nikkei	**10312,14**	10393,23
Euro Stoxx	**260,16**	259,52
Umlaufrendite (%)	**3,01**	3,11
Brentöl ($)	**69,17**	69,44
Gold ($)	**994,55**	995,40

Handelsblatt | Quelle: Bloomberg

Börse heute

Die Anleger haben heute am deutschen Aktienmarkt Vorsicht walten lassen. Der Dax stieg bis zum Mittag 0,5 Prozent auf 5508 Punkte. „Die Stimmung ist eigentlich nicht so gut. Aber viele trauen sich auch nicht auszusteigen", sagte ein Händler. Denn sie hätten Angst, eine mögliche Erholung zu verpassen. Konjunkturdaten, die den Markt bewegen könnten, sind heute dünn gesät. Erst heute Abend (20.00 Uhr MESZ) dürfte der Konjunkturbericht „Beige Book" der US-Notenbank Fed den Anlegern weitere Hinweise liefern, wie es nach Ansicht der Notenbanker um die US-Wirtschaft bestellt ist. Für Bewegung bei den Kursen sorgte eine ganze Reihe von Analystenkommentaren. So zählten BMW zu den größten Gewinnern, nachdem sich Morgan Stanley, Credit Suisse und RBS positiv zu BMW geäußert hatten. Die Papiere kletterten um 5,3 Prozent. Eine Kaufempfehlung von RBS gab Beiersdorf Auftrieb, die 1,7 Prozent gewannen.

Commerzbank schwimmt sich frei

Blessing will Staatsgarantie zurückgeben – neue Boni-Regel

HB I FRANKFURT Die Commerzbank befreit sich weiter aus den Händen des Staates. Commerzbank-Chef Martin Blessing kündigte an, weitere Staatsgarantien über 5 Mrd. Euro zurückgeben zu wollen. Die Bank wolle keine staatlich besicherten Anleihen mehr begeben, sagte Blessing am zweiten Tag der Handelsblatt-Tagung „Banken im Umbruch" in Frankfurt. Insgesamt hatte der Bund der Commerzbank angeboten, mit 15 Mrd. Euro zu bürgen. Ein Drittel der Summe hatte das Institut in Anspruch genommen, ein weiteres Drittel bereits im August zurückgegeben.

Die neuerliche Ankündigung ließ die Aktie auf den höchsten Stand seit November 2008 klettern. Im Tagesverlauf stieg das Commerzbank-Papier zeitweilig um mehr als sechs Prozent auf gut 8 Euro. Mit der Rückzahlung verringert die Commerzbank ihre Belastungen, da der Bund relativ hohe Zinsen für seine Garantien verlangt. Die staatliche Kapitalspritze von rund 18 Mrd. Euro wolle die Bank spätestens ab 2012 zurückgeben.

Aus der Debatte über die Boni für Manager zieht Blessing seine Lehre: Die Commerzbank will die Bezahlung ihrer Mitarbeiter künftig stärker am langfristigen Erfolg der Bank ausrichten. „Wir arbeiten derzeit an einem neuen Vergütungsmodell, das auf mehr Nachhaltigkeit abzielt", sagte Blessing. Führungskräfte und Investmentbanker sollten künftig in größerem Umfang als bisher mit Aktien bezahlt werden, die über einen längeren Zeitraum gehalten werden müssten. Bei späteren Verlusten sollen Abzüge möglich sein.



Commerzbank-Chef Martin Blessing heute in Frankfurt Constantin Meyer

„Ich glaube immer noch an den abnehmenden Grenznutzen von Geld."
Martin Blessing zum Gehalt von Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann

72 Investmentbanker verklagen die Commerzbank auf Bonus-Zahlung. Die Londoner Banker seien gestern vor ein britisches Gericht gezogen, um von der Commerzbank und ihrer Tochter Dresdner Kleinwort Prämien einzuklagen, berichtete die britische „Financial Times" heute. Insgesamt gehe es dabei um 33 Mio. Euro. Hintergrund der Klage ist, dass die frühere Dresdner-Mutter Allianz den Bankern Prämien von 400 Mio. Euro versprochen hatte. Nach Übernahme der Dresdner hatte Commerzbank-Chef Martin Blessing die Boni zum Großteil gestrichen.

MORGEN MEHR
Wie zu Guttenberg und Banker ihre Branche sehen **im Handelsblatt**

HVB-Chef: Frauenquote erhöhen

dpa I Frankfurt Die Banken haben sich nach Einschätzung von Hypo-Vereinsbank-Chef (HVB) Theodor Weimer nach der Finanzkrise noch nicht genug mit dem Vertrauensverlust bei ihren Kunden auseinandergesetzt. „Unser eigentliches Problem haben wir noch nicht adressiert", sagte der Chef der Unicredit-Tochter bei einer Handelsblatt-Tagung. Dazu forderte Weimar, die Frauenquote in den Managementetagen zu erhöhen. Frauen hätten ein besseres Verständnis von Risiken.

Neuer Chef hübscht WestLB für Fusion auf

dpa I Frankfurt Der neue Chef der angeschlagenen WestLB will die Fusionen unter den Landesbanken vorantreiben. Die Konsolidierung sei überfällig und notwendig, sagte Dietrich Voigtländer heute auf der Handelsblatt-Tagung „Banken im Umbruch" in Frankfurt. „Die Finanzmarktkrise hat aufgezeigt, dass Handlungsbedarf besteht." Bisher seien Chancen für Zusammenschlüsse zu wenig genutzt worden. Er schränkte aber ein: „Wenn man heiraten will, dann braucht man einen heiratswilligen Partner oder Eltern, die das wollen." Beides sei derzeit noch nicht gegeben. „Aber ich bin mir sicher: Das wird sich ändern.

Voigtländer glaubt, dass der Druck für eine Konsolidierung anhält: „Die Aussagen, die Finanzmarktkrise sei zu Ende, teile ich nicht." Er fürchtet steigende Kreditausfälle. Entsprechend schwierig werde das zweite Halbjahr. Wie die zuletzt profitable WestLB im Gesamtjahr abschneiden wird, ist laut Voigtländer nicht abschätzbar: „Prognosen sind sehr schwierig."

Blankfein warnt vor Fesseln für Banken

rtr I Frankfurt Der Chef der US-Investmentbank Goldman Sachs warnt vor einem pauschalen Verbot komplexer und riskanter Finanzprodukte. Dies drohe das Wirtschaftswachstum zu bremsen, sagte Lloyd Blankfein heute auf der HB-Tagung in Frankfurt: „Wir sollten nicht zu einem System übergehen, das ausschließlich dafür konzipiert ist, uns vor einem einmal in hundert Jahren aufziehenden Sturm zu schützen." Blankfein sprach sich aber für mehr Transparenz bei Derivaten aus.

Meldungen

Polizei befreit Frauen aus falscher TV-Show

Die türkische Polizei hat in Istanbul neun junge Frauen aus einer von Kriminellen nachgestellten Fernsehshow befreit. Die Türkinnen hätten sich auf Zeitungsanzeigen für eine „Big Brother"-Sendung gemeldet, seien dann aber zwei Monate lang gegen ihren Willen in einer Villa festgehalten worden, berichten türkische Zeitungen. Erst als Nacktvideos im Internet verkauft wurden und die Eltern einer 16-Jährigen zur Polizei gingen, flog der Schwindel auf.

Viele Mängel bei Elektronik-Anbietern

Viele Anbieter von Computern, Handys und DVD- Spielen im Internet verstoßen einer neuen Untersuchung zufolge gegen Verbraucherrechte. Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit stellte bei 21 von 20 Internet-Auftritten von Elektronikanbietern Mängel fest. So fehlten Informationen über Widerrufsrechte und genaue Preisangaben.

Paraglider stürzt auf Festivalbesucher

Ein motorisierter Paraglider ist in den USA in eine Gruppe von Festivalbesuchern gestürzt. Mindestens sechs Menschen, darunter zwei vier und fünf Jahre alte Mädchen und ein dreijähriges Kind, wurden verletzt.



Istanbul unter Wasser

Nach einem nächtlichen Unwetter über Istanbul sind bis heute mindestens 20 Menschen in Springfluten ertrunken. „Es ist das größte Unglück der vergangenen Jahre", sagte Provinz-Gouverneur Güler. Durch die Bosporus-Metropole wälzten sich braune Wassermassen. Mehrere Hauptstraßen und zwei Autobahnen waren zeitweise unpassierbar.

Englische Sprache, schwere Sprache

afp I London Ex-US-Präsident George W. Bush und Kaliforniens Gouverneur Arnold Schwarzenegger sind bei einer Umfrage zu Sprach-Schluderei im Englischen auf den ersten Plätzen gelandet. In einer Online-Umfrage entschieden sich die meisten für Bushs Ausspruch „Unsere Feinde sind innovativ und erfinderisch, genau wie wir. Sie denken ständig über neue Wege nach, wie sie unserem Land und unserem Volk schaden können, genau wie wir" als schlimmstes Beispiel für Kauderwelsch. Auf Rang zwei landete Schwarzenegger mit der Äußerung „Ich glaube, Homo-Ehen sollten sich auf Ehen zwischen Mann und Frau beschränken." Platz drei machte der ehemalige US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld mit folgender Feststellung: „Berichte über etwas, was nicht passiert ist, sind immer interessant für mich, denn wie wir wissen, gibt es bekannte Bekannte, es gibt Dinge, von denen wir wissen, dass wir sie wissen. Wir wissen auch, dass es bekannte Unbekannte gibt, damit meine ich, es gibt Dinge, von denen wir wissen, dass wir sie nicht wissen. Aber es gibt auch unbekannte Unbekannte: Solche, von denen wir nicht wissen, dass wir sie nicht wissen."

Experten: Bemannte Raumfahrt zu teuer

dpa I Washington Kalte Dusche für die Nasa: Ein von US-Präsident Barack Obama eingesetztes Expertenteam hält eine Rückkehr der Amerikaner zum Mond und danach eine Reise zum Mars wegen Geldmangels für nicht machbar. Um entsprechende Pläne zu verwirklichen, müssten jedes Jahr drei Mrd. Dollar mehr zur Verfügung stehen als derzeit im Haushalt vorgesehen, heißt es im Abschlussbericht des Gremiums. „Das Bemannte-Raumfahrt-Programm scheint auf einer Bahn, die nicht aufrechtzuerhalten ist", stellen die Experten wörtlich fest. Obama hatte die elfköpfige Arbeitsgruppe, der auch ehemalige Astronauten angehören, mit der Überprüfung aller geplanten Programme in der bemannten Raumfahrt beauftragt. Dazu gehören Pläne für eine Reise zum Mond bis 2020 und einen Mars-Besuch bis 2037. Obama hatte betont, der bemannten Erforschung des Alls „verpflichtet" zu sein.

Sudoku Zahlenspiel für Kreuz- und Querdenker

Mittel

5		3	6	7				
	6							7
	7		2	3	9		6	5
9	5				8	7		
1						4		
8	4			5				1
6	2				5			
		5	3			6		
		1					8	

Schwer

6								4
1		4		9				5
		9		5				
			1			3		
	1				2	4	5	6
		8					2	
	2			3				9
	7				1	5	8	
	6			2		1	3	

Anleitung: Füllen Sie die Matrix mit Zahlen von 1 – 9. Jede Ziffer darf nur einmal in jeder Spalte, Reihe und den 3x3 Feldern vorkommen. Dopplungen sind nicht erlaubt.

Die Lösungen zum Sudoku finden Sie in der nächsten Ausgabe des Handelsblatts.

Just a Minute Business Spotlight

Testen Sie Ihr Englisch!

„His _____ attitude to company finances has caused a few unexpected problems."
a) laid-back
b) lying-around
c) laid-down

Antwort c): laid-back – gelassen

Lernen Sie das Englischmagazin für den beruflichen Erfolg jetzt kennen:
www.business-spotlight.de/hb

©Business Spotlight, Spotlight Verlag 2008

IKB aktuell

Mittwoch, 9. September 2009 | Nr. 1094 THEMEN FÜR UNTERNEHMEN www.ikb.de

Steckbrief

IKB-Kunden stellen sich vor:

BAUER Aktiengesellschaft

Woher wir kommen: *1790 als Kupferschmiede gegründet, wandte sich das Unternehmen aus Schrobenhausen, Bayern, dem Brunnenbohren und Spezialtiefbau zu. Mit Erfindung des Injektionsankers 1958 entwickelte sich Bauer zum internationalen Bau- und Maschinenbaukonzern. Unter der M-Dax gelisteten Holding BAUER Aktiengesellschaft (IPO 2006) agieren heute weltweit über 100 Tochterfirmen mit etwa 8.600 Mitarbeitern. Zwei Drittel ihrer Leistung (2008: ca. 1,5 Mrd. €) erwirtschaftet die BAUER Gruppe im Ausland.*

Was wir anbieten: *Bauer ist Anbieter von Dienstleistungen, Maschinen und Produkten für Boden und Grundwasser. Das Geschäftsfeld Bau umfasst Spezialtiefbauleistungen für Gründungen und Baugruben, deren Projektentwicklung sowie Bauleistungen in angrenzenden Bereichen. Im Geschäftsfeld Maschinen bietet Bauer als Weltmarktführer ein umfassendes Sortiment von Maschinen, Geräten und Werkzeugen für den Spezialtiefbau. Das Segment Resources umfasst Umwelttechnik, Gewinnung und Förderung von Rohstoffen, Geothermie sowie Materialien zum Brunnen(aus)bau.*

Wie wir uns positionieren: *Bauer profitiert besonders vom Ineinandergreifen der drei Geschäftsfelder und positioniert sich als innovativer, hoch spezialisierter Anbieter von Komplettlösungen und Serviceleistungen für anspruchsvolle Spezialtiefbauarbeiten und angrenzende Märkte. Infolge der globalen Präsenz und Diversifizierung ist Bauer in hohem Maße von konjunkturellen Schwankungen unabhängig.*

Wohin wir wollen: *Bauer wird die Diversifikation im Rahmen der Multi-Branding-Strategie weiter verfolgen. Ziel ist, die Markt- und Technologieführerschaft in den Bereichen Bau und Maschinen zu erhalten, das neue Segment Resources weiter auszubauen sowie angrenzende, zukunftsorientierte Bereiche zu erschließen.*

Hartmut Beutler, Vorstand, www.bauer.de

Impressum

IKB Deutsche Industriebank AG, Wilhelm-Bötzkes-Str. 1, 40474 Düsseldorf, **Redaktion:** Patrick von der Ehe, Tel.: +49 211 8221-4776, Fax: +49 211 8221-2776, E-Mail: redaktion@ikb.de

Verantwortlich für den Inhalt ist die IKB. Namentlich gekennzeichnete Fremdbeiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Weiterverbreitung nur mit schriftlicher Genehmigung.

IKB Deutsche Industriebank

Branche im Fokus

Deutsches Baugewerbe: Erholung ab 2010

Divergierende Entwicklung im Wohnungs-, Wirtschafts- und Öffentlichen Bau

Nach einer guten Entwicklung des deutschen Baugewerbes während der letzten vier Jahre hinterlässt die Finanz- und Wirtschaftskrise auch hier ihre Spuren: 2009 dürften die Bauinvestitionen mit -2 % rückläufig sein, wobei die staatlichen Konjunkturprogramme den Rückgang im deutschen Baugewerbe mildern, jedoch nicht vollständig kompensieren können. Allerdings entwickeln sich die drei Bausegmente Wohnungs-, Wirtschafts- und Öffentlicher Bau nicht nur aktuell, sondern auch in den Folgejahren sehr unterschiedlich.

Der Wohnungsbau, mit einem Anteil von 56 % größtes Bausegment, dürfte 2009 aufgrund des bereits niedrigen Fertigstellungsniveaus von unter 200.000 Einheiten p.a. mit -1,6 % nur moderat rückläufig sein. Mittelfristig ist jedoch ein Fertigstellungsniveau von ca. 250.000 Einheiten p.a. gerechtfertigt, sodass ab 2010 mit entsprechenden Nachholeffekten gerechnet werden kann.

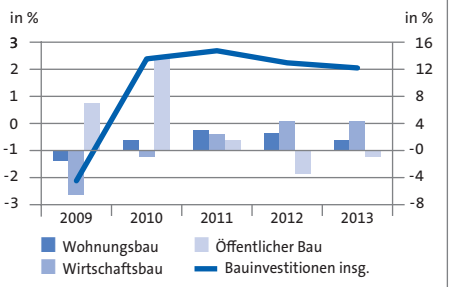
Der Wirtschaftsbau war während der letzten Jahre mit seinem Anteil von 31 % an den Gesamtbauinvestitionen der positive Wachstumstreiber des deutschen Baugewerbes. 2009 endet die Erfolgsstory aufgrund der ausbleibenden Investitionen der Unternehmen in neue Kapazitäten, sodass der Wirtschaftsbau mit -6,5 % deutlich einbrechen dürfte. Erst ab 2011 ist hier mit einer Trendwende zu rechnen.

Der öffentliche Bau ist mit 13 % der Gesamtbauinvestitionen das kleinste der drei Bausegmente und sollte sich als großer Profiteur der staatlichen Konjunkturpakte positiv entwickeln. Ab dem 2. Halbjahr 2009 dürften die Baumaßnahmen des staatlichen Konjunkturpaketes sichtbar werden, wobei sich ihre volle Wirkung erst 2010 entfalten und zum zweistelligen Wachstum (+13,5 %) des öffentlichen Baus führen dürfte. Mit Auslaufen der Konjunkturpakete ab 2012 dürfte der öffentliche Bau jedoch in ein Auftragsloch fallen.

Alles in allem sollte das deutsche Baugewerbe somit bereits ab 2010 wieder einen jährlichen Wachstumspfad von 2-3 % p.a. erreichen.

Timo Schlichting, IKB

Entwicklung der deutschen Bauinvestitionen



Quelle: IKB-Prognose

Fusion nicht um jeden Preis

Unternehmenskulturelle Unterschiede entscheidend für Integration

Zwar ermöglichen Fusionen unabhängig von der Wirtschaftslage eine eigenkapitalschonende Variante des Wachstums, dennoch liegen gerade in den Unterschieden der beteiligten Partner viele Fallstricke für die geplante Unternehmensehe. Auf den ersten Blick sehen die Synergien vielversprechend aus – aber wenn die Marktgebiete der Partner sehr unterschiedlich sind, dann muss genau dies für die Integration ganz besonders intensiv betrachtet werden. Möglicherweise arbeitet das eine Unternehmen nur in deutscher Sprache, während das andere bedingt durch internationale Präsenz in mehreren Fremdsprachen kommuniziert. Dann kann bei der Integration auf beiden Seiten ein Kulturschock auftreten, dem schon im Vorfeld gegenzugesteuern ist.

Auch der Umgang mit unterschiedlichen Kundengruppen, der Marktauftritt und letztlich die Personen, die das neue Unternehmen auf verschiedenen Ebenen leiten sollen, sind mit ihren Kompetenzen für die Planung der Integration von größter Bedeutung. Insbesondere die Besetzung der obersten Führungsebene hat für die Motivation der Mitarbeiter eine besondere Strahlkraft – mit den Personen an der Spitze verbindet die Belegschaft Erwartungen, die möglicherweise mit den bisherigen Erfahrungen und Hoffnungen kollidieren. Nur mit einer umfassenden Betrachtung des Projektes im Rahmen einer kulturellen Due Diligence wird eine Fusion erfolgreich – oder sie sollte rechtzeitig gestoppt werden.

Alexander Flieger, Cloverleaf Consult International